

Hauptausschuss

Protokoll Nr. HA/05/2025

über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses am 19.05.2025,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9, Saal

Beginn öffentlicher Teil 19:30 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung 21:33 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Detlef Levenhagen

Stadtverordnete/r

Herr Dr. Bernd Buchholz
Herr Peter Egan
Herr Stefan Gertz
Frau Nadine Levenhagen
Herr Béla Randschau
Herr Wolfdietrich Siller

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Frau Jule Niehus	Kinder- und Jugendbeirat
Frau Emma Bley	Kinder- und Jugendbeirat
Herr Hans-Gerhard Stülb	Seniorenbeirat
Herr Arthur Klaus Korte	
Frau Ulrike Kraus	
Herr Benjamin Stukenberg	Bürgervorsteher

Sonstige, Gäste

Herr Tim Moormann	FFW Ahrensburg / bis 20.05 Uhr
Herr Florian Stephani	FFW Ahrensburg / bis 20.05 Uhr
Herr Dr. Claus-Michael Allmendinger	Sachkundiger / ab 19:53 Uhr
Beratungsbüro PWC	

Verwaltung

Herr Eckart Boege	Bürgermeister
Frau Julia Fest	SWA
Herr Marcel Grindel	FBL I
Herr Stephan Lentz	FBL II
Herr Fabian Dorow	Stabsstelle
Frau Julia Brötzmann	I.1.2
Frau Sjarai de Vries	IV.4.3
Frau Peggy Ehrig	II.2.2

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/04/2025 vom 07.04.2025
6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.2.1. Allgemeiner Bericht
 - 7.2.2. Polizeibeirat
 - 7.2.3. Anfrage der FDP-Fraktion zu Sicherheitskonzept für anstehende Großveranstaltungen
8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2025
 - 8.1. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2025
 - 8.2. Ältestenrat
 - 8.3. Einwohnerversammlung
9. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensburg - **2025/045**
10. Errichtung einer Fahrzeughalle der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg am Standort Mitte, Am Weinberg 2-4 **2025/052**
11. Personal- und Organisationsangelegenheit – Stabsstelle Digitalisierung **2025/055**

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 12. | 1. Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung | 2025/050 |
| 13. | Aussetzung Rathausenerweiterungsbau und erneute Alternativenprüfung | 2025/040/1 |
| 14. | Anfrage der WAB zur Digitalisierung / Wohngeldantrag | AF/2025/010 |
| 15. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |
| 16. | Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH | |

Ö f f e n t l i c h e r T e i l

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Detlef Levenhagen von der CDU-Fraktion, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Hauptausschusses stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Einwohnerfragestunde

Herr Fleischer bezieht sich auf die Einwohnerfragestunde der letzten Stadtverordnetenversammlung und merkt an, dass er Herrn Siemers bezüglich der schlechten Akustik in den Ausschusssitzungen zustimmt. Insbesondere der Finanzausschuss sowie der Umweltausschuss seien nur sehr schwer zu verstehen. Er bittet die Ausschussmitglieder allgemein lauter zu sprechen.

Herr Fleischer bittet darum zukünftig bei den nicht öffentlichen Berichten zu Gewerbesteuerangelegenheiten zusätzlich, im Rahmen der Begründung der Nichtöffentlichkeit des Tagesordnungspunktes, in der Sitzung anzugeben, ob es sich um Erlasse, Stundungen oder Niederschlagungen handelt.

Bezüglich des Tagesordnungspunktes „Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ bittet Herr Fleischer um eine Begründung, warum zusätzlich auch eine nichtöffentliche Behandlung des Tagesordnungspunktes erfolgt.

Bürgermeister Boege gibt an, die Begründung im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Festsetzung der Tagesordnung“ auszuführen.

Herr Fleischer merkt an, dass der im Juli geplante Polizeibeirat grundsätzlich öffentlich tagen sollte. Er fragt zudem, wozu die Fraktionen hierfür Fragen an die Polizei einreichen dürfen.

Bezüglich des Polizeibeirates gibt Bürgermeister Boege an, dass die Fraktionen hierfür Fragen einreichen können, falls sie spezielle Ausarbeitungen wünschen und sich die Polizei entsprechend darauf vorbereiten kann.

Herr Fleischer erinnert die Ausschussmitglieder an zwei Aufträge aus dem Umweltausschuss vom 12.03.2025, welche bis heute nicht erledigt seien. Er hinterfragt die entsprechenden Abläufe in der Verwaltung.

Bürgermeister Boege erläutert, dass die Ausschussbetreuer für die Weiterleitung etwaiger Arbeitsaufträge aus den Ausschüssen zuständig seien.

Herr Fleischer fragt weiterhin, ob die Teilnahme an der Kampagne „Respekt für Retter“ ein Geschäft der laufenden Verwaltung darstellt.

Bürgermeister Boege bestätigt, dass es sich bei der Teilnahme an der Kampagne um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handelt. Die Teilnahme soll ein Zeichen des Respekts sowie der Dankbarkeit und Anerkennung sein. Hierfür wurden auch Aufkleber an den städtischen Dienstfahrzeugen angebracht sowie ein Banner aufgehängt.

Herr Jürgen Griebel verliest eine Anfrage an die Verwaltung und die Stadtverordneten. Diese Anfrage wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Bürgermeister Boege geht auf die komplexe Situation ein und merkt an, dass man selbst dann nichts hätte tun können, wenn der Beschluss aufgehoben worden wäre. Er schlägt der Politik vor, zu dieser Thematik noch vor den Sommerferien im Bau- und Planungsausschuss zu berichten, in welchen zeitlichen Horizonten eine Umsetzung möglich wäre.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende führt aus, dass die Verwaltung beantragt, den Tagesordnungspunkt 11 „Personal- und Organisationsangelegenheit – Stabsstelle Digitalisierung“ abzusetzen.

Bürgermeister Boege führt aus, dass die Vorlage aufgrund aktueller Ereignisse nicht veröffentlicht wurde und abgesetzt werden soll.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion beantragt, Herrn Dr. Allmendinger als sachverständigen Bürger für den öffentlichen Tagesordnungspunkt 16 „Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ und den nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 17 „Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ zuzulassen. Er begründet dies damit, dass er denkt, dass Herr Dr. Allmendinger viel dazu beitragen könne und er ansonsten, als Bürgerliches Mitglied, im Hauptausschuss kein Rederecht habe.

Es entsteht eine Grundsatzdiskussion über die Zulassung von Sachkundigen bzw. die Zulassung von Bürgerlichen Mitgliedern als Zuhörer zu derartigen Tagesordnungspunkten.

Bürgermeister Boege merkt an, dass Herr Dr. Allmendinger Mitglied im Aufsichtsrat sei und zudem der stellv. Aufsichtsrat-Vorsitzende sei. Er bringe viel Sachkunde mit.

Für die Zukunft werde man den Umgang mit der Zulassung von Sachkundigen einheitlich klären.

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung von Herrn Dr. Allmendinger als Sachkundigen für den öffentlichen Tagesordnungspunkt 16 „Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür
/	dagegen
2	Enthaltung(en)

Der Vorsitzende lässt über die Zulassung von Herrn Dr. Allmendinger als Sachkundigen für den nicht öffentlichen Tagesordnungspunkt 17 „Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür
/	dagegen
2	Enthaltung(en)

Bürgermeister Boege begründet, warum die Tagesordnungspunkte 17 „Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“ und 18 „Berichte/ Mitteilungen des Bürgermeisters“ nicht öffentlich zu behandeln sind. Er führt aus, dass es sich bei den Gewerbesteuerangelegenheiten um 2 Erlasse und 4 Niederschlagungen handelt. Beim Statusbericht werde auch über

Geschäftsgeheimnisse der SWA (z.B. detaillierte Zahlenwerke) gesprochen und eine öffentliche Behandlung könnte zudem eine Verschlechterung der Verhandlungsposition mit sich führen.

Der Vorsitzende lässt über die Nichtöffentlichkeit der Tagesordnungspunkte 17 „Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH“, 18 „Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters – Klageverfahren + Gewerbesteuerangelegenheiten -“ und 19 „Anfragen, Anregungen, Hinweise“ abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

Der Hauptausschuss stimmt der mit Einladung vom 06.05.2025 versandten Tagesordnung inklusive der oben stehenden Änderungen zu.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/04/2025 vom 07.04.2025

Einwände gegen die Niederschrift Nr. HA/04/2025 vom 07.04.2025 bestehen nicht.

6. Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung

Es werden keine Nachfragen der Selbstverwaltung zu Berichten der Verwaltung gestellt.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.2.1. Allgemeiner Bericht

Fachbereichsleiter I (Herr Grindel) stellt den allgemeinen Bericht vor. Der allgemeine Bericht wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Er führt aus, um welche Stellen sich die benannten 6 Vakanzen handeln, insbesondere, dass die Digitalisierungsmanagerin zum 30.06.2025 gekündigt habe.

Die Übersicht zum Besetzungs- und Ausschreibungsverfahren wird dem Protokoll als **nichtöffentliche Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion fragt, welche Stelle der ehemalige Personalratsvorsitzende nun innehat.

Es wird geantwortet, dass der ehemalige Personalratsvorsitzende nunmehr die Koordinationsstelle Schulsozialarbeit besetze.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fragt nach den aktuellen Entwicklungen zur Besetzung der offenen Stellen im Fachdienst Umwelt.

Bürgermeister Boege antwortet, dass der neue Fachbereichsleiter IV seit dem 01.04.2025 im Dienst sei und sich hierzu bereits Gedanken mache. Ein konkretes Konzept läge jedoch bislang nicht vor.

Ausschussmitglied N. Levenhagen erwidert, dass dies eine der ersten Aufgaben des neuen Fachbereichsleiters sein sollte. Sie höre inzwischen seit 3 Jahren nur „Ausreden“. Sofern hier nicht zügig etwas passiere, kündigt sie entsprechende Anträge ihrer Fraktion an.

7.2.2. Polizeibeirat

Bürgermeister Boege gibt bekannt, dass der nächste Polizeibeirat am 14.07.2025 im Rahmen des Hauptausschusses stattfindet.

Er bittet die Fraktionen, Ihre Fragen für den Polizeibeirat bis zum 04.06.2025 an den Fachdienst Gremien unter gremien@ahrensburg.de einzureichen.

7.2.3. Anfrage der FDP-Fraktion zu Sicherheitskonzept für anstehende Großveranstaltungen

Herr Lentz (FBL II) trägt die Antworten zur Anfrage der FDP-Fraktion vor.

Die Anfrage sowie die Antworten werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion bittet, die Frage nach einem Sicherheitskonzept für Großveranstaltungen für den Polizeibeirat zu notieren, um diese aus Sicht der Polizei beantworten zu lassen.

Bürgermeister Boege merkt an, dass man keine Details zu Sicherheitskonzepten öffentlich diskutieren werde.

8. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2025

8.1. Vorbereitung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2025

Bürgermeister Stukenberg erläutert die vorläufige Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung am 26.05.2025.

8.2. Ältestenrat

Zudem weist er darauf hin, dass die Fraktionen für die Sitzung des Ältestenrates am 26.06.2025 Vorschläge für die Ehrung verdienstvoller Persönlichkeiten einreichen mögen.

8.3. Einwohnerversammlung

Er gibt weiterhin bekannt, dass die diesjährige Einwohnerversammlung am 18.09.2025 um 19.00 Uhr in der Reithalle des Marstalls stattfindet. Als Themen wurden die „Vorstellung der Beiräte“ sowie „Zivil- und Bevölkerungsschutz“ benannt.

9. Zustimmung zur Wahl des stellvertretenden Ortswehrführers der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensburg -

Herr Stephani (Gemeindewehrführer) führt aus, dass Herr Pfnister heute verhindert sei und sich den Ausschussmitgliedern gerne vorgestellt hätte. Dies werde er in der Stadtverordnetenversammlung nachholen.

Bürgermeister Boege möchte zunächst den derzeitigen stellv. Ortswehrführer Herrn Moormann aus dem Dienst entlassen. Er spricht Herrn Moormann seinen herzlichen Dank für viele Jahre als Ehrenbeamter der Freiwilligen Feuerwehr aus. Er habe in der Vergangenheit bei der Feuerwehr sehr viel bewegt und dieser auf einen hohen Professionalisierungsgrad verholfen, insbesondere auch am Erscheinungsbild (Corporate Identity) habe er tatkräftig mitgewirkt.

Bürgermeister Boege entlässt Herrn Moormann aus dem Beamtenverhältnis als Ehrenbeamter und dankt ihm für seinen Einsatz und freut sich, dass Herr Moormann der Freiwilligen Feuerwehr als Kamerad erhalten bleibe.

Vorsitzender Levenhagen verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Der Wahl des Maximilian Pfnister zum stellvertretenden Ortswehrführer der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Ahrensburg - Ortswehr Ahrensburg - wird zugestimmt.

Nach Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung ist Herr Maximilian Pfnister für die Dauer von sechs Jahren zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

10. Errichtung einer Fahrzeughalle der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg am Standort Mitte, Am Weinberg 2-4

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion lobt das Verfahren. Er sagt, dass alle versucht haben das Beste für die Stadt herauszuholen.

Vorsitzender Levenhagen von der CDU-Fraktion merkt an, dass man die Halle besichtigt habe und diese „nicht mehr zu retten“ sei. Er verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Abbruch der beiden abgängigen Kleingaragen und der Neuerrichtung einer Fahrzeughalle der Freiwilligen Feuerwehr Ahrensburg am Standort Mitte, Am Weinberg 2-4, wird wie in den **Anlagen 1-6** dargestellt zugestimmt.
2. Die erforderlichen Haushaltsmittel in Höhe von 2.284.000 € werden im Rahmen der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2025 als Verpflichtungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2026 im Produkt 12600, „Brandschutz“, zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

11. Personal- und Organisationsangelegenheit – Stabsstelle Digitalisierung

--- abgesetzt ---

12. 1. Änderung der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung

Bürgermeister Boege beantragt eine Änderung in der Anlage zum Beschlussvorschlag. Der vorletzte Absatz soll wie folgt heißen: „Umfangreiche Sitzungsunterlagen wie Haushaltspläne, Baupläne, Schulentwicklungs-, Kultur-, Sportentwicklungsplan sowie farbige Unterlagen etc. **werden** auf Nachfrage beim Vorlagensachbearbeiter zusätzlich per Post zugestellt.“

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion stellt den Änderungswunsch seiner Fraktion dar. Danach sollte es heißen „Sitzungsunterlagen können angefordert werden“. Grundsätzlich störe sich die SPD-Fraktion an der Formulierung „umfangreich“ sowie an der expliziten Aufzählung der zu druckenden Unterlagen.

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion warnt davor hier jetzt keine Rückschritte - zurück zu mehr Drucken - zu machen, insbesondere im Hinblick auf die Digitalisierung. Die Änderung der Geschäftsordnung diene in erster Linie lediglich der Rechtssicherheit bei der Sitzungsladung. Die Notwendigkeit, große Pläne als Ausdruck anzufordern, könne er gut nachvollziehen.

Bürgermeister Boege spricht sich ebenfalls dafür aus, den Wortlaut nicht gemäß dem Vorschlag der SPD-Fraktion zu ändern. Dies würde der digitalen Arbeit zu wider laufen. Selbstverständlich gäbe es Ausnahmen, so sei eine rein digitale Arbeit beim z.B. Haushaltsplan nicht zumutbar. Er weist darauf hin, dass die Formulierung „wie“ auch darauf abziele, dass die Aufzählung nicht abschließend sei.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN lobt die zuvor erfolgte Abfrage seitens der Verwaltung, welche Ausdrücke / Pläne benötigt werden. Dies empfindet sie als gut und Unterstützens wert.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass die Änderung der Geschäftsordnung auf die rechtssichere Änderung bei der Ladung abzielt, hierbei gehe es u.a. um die Definition der Abholpflicht.

Die Ausschussmitglieder Gertz von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion stimmen den Ausführungen von Bürgermeister Boege zu.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möchte sicherstellen, dass niemand mit der neuen Regelung ausgeschlossen werde, z.B. Bürgerliche Mitglieder mit Sehproblemen etc. Bei einer gewissen Notwendigkeit sollte immer sichergestellt sein, dass Ausdrücke möglich sind.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion erläutert, dass die Regelung nur auf Stadtverordnete und Ausschussmitglieder abzielt. Zudem ließe die Formulierung alles offen.

Ausschussmitglied Randschau von der SPD-Fraktion beantragt, das Wort „umfangreich“ aus dem vorletzten Absatz der Anlage zum Beschlussvorschlag zu streichen.

Fachbereichsleiter II (Herr Lentz) erklärt, dass der Erhalt und die digitale Abholpflicht der Einladung die Essenz der Änderung der Geschäftsordnung seien.

Bürgervorsteher Stukenberg merkt an, dass für den Herbst 2025 eine weitere, umfassende Überarbeitung der Geschäftsordnung vorgesehen sei. Bis dahin könne man überlegen, ob ggf. weitere Änderungen in Bezug auf die Ausdrücke notwendig seien.

Vorsitzender Levenhagen lässt über den Antrag von Herrn Randschau von der SPD-Fraktion abstimmen.

Antrag Randschau (SPD):

Das Wort „umfangreich“ wird aus dem vorletzten Satz der Anlage des Beschlussvorschlages gestrichen.

Abstimmungsergebnis:

2	dafür
5	dagegen
/	Enthaltung(en)

Vorsitzender Levenhagen verliert den Beschlussvorschlag, inkl. der von Bürgermeister Boege beantragten Änderung, über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, die in der **Anlage** (inkl. der vorgenommenen Änderung) zur Vorlage dargestellte Änderung der Geschäftsordnung in der Fassung der 1. Änderungssatzung.

Abstimmungsergebnis:

5	dafür
/	dagegen
2	Enthaltung(en)

13. Aussetzung Rathouserweiterungsbau und erneute Alternativenprüfung

Bürgermeister Boege erläutert zunächst, dass die ordinäre Zuständigkeit nicht beim Bau- und Planungsausschuss, sondern beim Hauptausschuss läge. Der Bau- und Planungsausschuss wünsche jedoch zukünftig informiert zu werden. Entsprechend beantragt er den Beschlussvorschlag zu Ziffer 3 wie folgt zu ergänzen: „Über den Stand der Alternativenprüfung informiert die Verwaltung den Hauptausschuss und **den Bau- Planungsausschuss** fortlaufend“.

Bürgermeister Boege erläutert die Vorlage. Er führt aus, dass das Projekt über mehrere Jahre entwickelt wurde und der Bedarf hierfür weiterhin bestehe. Die Nachteile am aktuellen Standort seien allgemein bekannt. Das Projekt habe eine erhebliche Baukostenentwicklung von weit über 40 % erfahren. Dabei sei die anfängliche Kostendarstellung aus einem Wettbewerb heraus entstanden, welcher nur Nettopreise beinhaltete und nicht alle Kostenpunkte gesamtheitlich berücksichtigte. Zudem haben sich zwischenzeitlich die Anforderungen erhöht und es ergeben sich auch dadurch erhebliche Unterschiede.

Man wolle nunmehr ergebnisoffen Alternativen vorstellen. Er bittet ausdrücklich darum, den Grundsatzbeschluss nicht aufzuheben, sondern diesen lediglich auszusetzen.

Die Ausschussmitglieder merken an, dass die Vorlage 2025/040/1 im Ratsinformationsportal nicht freigeschaltet sei.

Vorsitzender Levenhagen fragt die Ausschussmitglieder, ob diese sich in der Lage sehen, trotzdem über die Vorlage abzustimmen. Die Ausschussmitglieder stimmen zu.

Ausschussmitglied N. Levenhagen von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fragt, wie lange das aktuelle Objekt noch zur Verfügung stehe. Sie empfindet es als „höchste Eisenbahn“ eine Lösung zu finden.

Bürgermeister Boege führt aus, dass eine Verlängerung des Mietvertrages ggf. möglich sei, aber nicht auf unbefristete Zeit.

Ausschussmitglied Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion hinterfragt, ob es noch angemessen sei, einen 100%igen Rechenbedarf für alle Arbeitsplätze zugrunde zu legen. In der Landesverwaltung sei eine Berechnung mit 80% üblich.

Er beantragt, den Beschlussvorschlag zu Ziffer 2 mit folgendem Satz zu ergänzen: „Bei der Berechnung der Flächenbedarfe sind auch Alternativen mit 80% Arbeitsplatzabdeckung zu prüfen.“

Bürgermeister Boege sagt, dass es aus seiner Sicht kein Problem darstelle, auch Alternativen mit einer Arbeitsplatzabdeckung von 80% zu prüfen.

Vorsitzender Levenhagen lässt über den Änderungsantrag von Dr. Buchholz von der FDP-Fraktion abstimmen.

Änderungsantrag Beschlussvorschlag Punkt 2 der Beschlussvorlage 2025/040/1:

Die Verwaltung wird beauftragt, erneut eine Prüfung von Alternativen vorzunehmen. Als Alternativen kommen dabei sowohl der Erwerb wie auch die Anmietung von Bestandsflächen in Betracht. Die Standorte sollten vorzugsweise im Stadtzentrum liegen, in jedem Fall über eine gute Anbindung an den ÖPNV verfügen. Sollten die Flächenbedarfe nicht an einem Standort zu decken sein, ist auch eine Verteilung auf mehrere Standorte zu prüfen. **Bei der Berechnung der Flächenbedarfe sind auch Alternativen mit 80% Arbeitsplatzabdeckung zu prüfen.**

Abstimmungsergebnis:

6	dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, CDU, SPD, WAB, FDP)
1	dagegen (CDU)
/	Enthaltung(en)

Vorsitzender Levenhagen verliest den Beschlussvorschlag inkl. der Änderungen zu den Ziffern 2 und 3 und lässt darüber abstimmen.

Beschlussvorschlag:

1. Aufgrund der immensen Investitionsbedarfe für die Stadt Ahrensburg insgesamt und der projektspezifischen Kostenentwicklung wird das Projekt Rathouserweiterung (**Grundsatzbeschluss STV 28.05.2018, Vorlage 2018/059**) vorübergehend ausgesetzt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, erneut eine Prüfung von Alternativen vorzunehmen. Als Alternativen kommen dabei sowohl der Erwerb wie auch die Anmietung von Bestandsflächen in Betracht. Die Standorte sollten vorzugsweise im Stadtzentrum liegen, in jedem Fall über eine gute Anbindung an den ÖPNV verfügen. Sollten die Flächenbedarfe nicht an einem Standort zu decken sein, ist auch eine Verteilung auf mehrere Standorte zu prüfen. **Bei der Berechnung der Flächenbedarfe sind auch Alternativen mit 80% Arbeitsplatzabdeckung zu prüfen.**
3. Über den Stand der Alternativenprüfung informiert die Verwaltung den Hauptausschuss **und den Bau- Planungsausschuss** fortlaufend. Spätestens zu den Haushaltsberatungen für den Haushalt 2026 ist eine detaillierte Gegenüberstellung der möglichen Alternativen im Vergleich zu einer Fortführung des Rathouserweiterungsbaus vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

7	dafür
/	dagegen
/	Enthaltung(en)

14. Anfrage der WAB zur Digitalisierung / Wohngeldantrag

Ausschussmitglied Egan von der WAB-Fraktion schlägt aufgrund der vorangeschrittenen Uhrzeit vor, dass die Beantwortung der Anfrage auf den nächsten Hauptausschuss vertagt wird.

Die Ausschussmitglieder sind einverstanden.

--- vertagt ---

15. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Es werden keine Anfragen, Anregungen und Hinweise gestellt.

16. Statusbericht Strategie Stadtwerke Ahrensburg GmbH

Frau Fest, Geschäftsführerin der Stadtwerke Ahrensburg GmbH, stellt eine Präsentation zur Strategie der Stadtwerke Ahrensburg GmbH vor. Die Präsentation wird dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Die Ausschussmitglieder stellen Verständnisfragen, welche seitens Frau Fest und dem externen Beratungsbüro PWC beantwortet werden.

Vorsitzender Levenhagen beendet die öffentliche Sitzung um 21:33 Uhr.

gez. Detlef Levenhagen
Vorsitzender

gez. Peggy Ehrig
Protokollführerin